

Rats-Controlling: Bezirksvertretungen nicht vergessen

Seite 2.



Beantragt und be- schlossen: Freier Zooeintritt für Kinder

Seite 3.



Verschlechtert: Eltern werden für OGS-Ausbau zur Kasse gebeten

Seite 2.



■ Unterstützenswert: NRW SPD-Initiative für kostenfreien ÖPNV für Kinder, Seite 5.

Können Kinder bis 14 Jahre den ÖPNV in NRW demnächst kostenfrei nutzen?



■ Richtiger Kurs: Unter- stützung der GWG zahlt sich aus, Seite 5.

Das Unternehmen konnte seine Eigenkapitalquote zuletzt aus eigener Kraft steigern.



■ Unstrittig: Sanierung des Freibades Mählers- beck, Seite 7.

Mitglieder der SPD-Ratsfraktion informierten sich vor Ort.

Rechtsstreit mit Remscheid: Entscheidung im September

„Dass angesichts der Rahmenbedingungen die Pläne für ein FOC in der Bundesbahndirektion keine Realisierungschance haben, liegt auf der Hand. Wie angesichts dieser Tatsache der Rechtsstreit zwischen den Städten Remscheid und Wuppertal beendet werden kann, will die Verwaltung bis zur Rats-sitzung am 23. September aufzeigen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird dabei auch die Frage, ob durch ein DOC in Remscheid-Lennep die Auswirkungen auf das Oberzentrum Wuppertal verträglich sind, eine erhebliche Rolle spielen“, erklärt Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender, im Nachgang

der Ratssitzung.

Gutachten eingehend prüfen

Die SPD-Fraktion erkennt bei der Diskussion um die beiden Einzelhandelsstandorte nicht, dass in Remscheid zusätzliche Auswirkungsgutachten vorgelegt worden sind. Nach Ansicht der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Wuppertaler Stadtrat sind selbstverständlich auch diese Gutachten eingehend zu prüfen und können erst nach deren Prüfung Bestandteil neuer Ratsentscheidungen sein.

„Der Leerstand in der Bundesbahndirektion, die das Stadtbild prägt wie fast kaum eine andere Immobilie,

ist schlicht ein Trauerspiel. Hierhin die Zentrale der Wuppertaler Stadtwerke (WSW) verlegen zu wollen, mag aus Sicht der Stadtentwicklung eine smarte Idee sein. Für uns sind aber auch die wirtschaftlichen Belange der WSW ein hohes Gut.

Keine weiteren Planspiele: Gesundheit geht vor

Weiter erinnern wir daran, dass der Anlass für den Neubau der WSW-Zentrale die gesundheitlichen Belange der Kolleginnen und Kollegen der WSW sind. Diese Belange sind ohne Wenn und Aber zu berücksichtigen. Hier darf es jetzt auch keine Planspiele mehr

Fortsetzung auf S. 3



Wie soll die im Herzen Elberfelds gelegene, seit Jahren leer stehende Immobilie zukünftig genutzt werden?

Rats-Controlling: Bezirksvertretungen nicht vergessen

„Die SPD-Fraktion begrüßt, dass wieder ein Rats-Controlling vom Rat beschlossen wurde. Ein solches ‚Rats-Auftrags-Management-System‘ existierte bis zur Ratsperiode 2004/2009. Es wurde unter der Ägide des Oberbürgermeisters Peter Jung eingestellt“, erklärt Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender, im Vorfeld der letzten Ratssitzung.

Stärkung der Bezirksvertretungen

Dieses Rats-Auftrags-Management-System (RAMS) wurde auf Initiative der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Rat auch auf

die Beschlüsse der Bezirksvertretungen ausgeweitet. Im Dezember des letzten Jahres hatte der Rat der Stadt Wuppertal unter dem Titel „Lokale Demokratie stärken, Rechte der Bezirksvertretungen ausweiten!“ einen Beschluss zur Stärkung der Bezirksvertretungen mit breiter Mehrheit gefasst.

Lebendige lokale Demokratie

Unter anderem ist dieser Antrag mit dem folgenden Wortlaut begründet worden: „Die Bezirksvertretungen in Wuppertal tragen in besonderer Weise zu einer lebendigen lokalen Demokratie in unserer Stadt bei. Oft sind

die Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter die ersten Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger bei Problemen oder Verbesserungsvorschlägen und somit auch die ersten Repräsentantinnen und Repräsentanten unserer Demokratie.“

Klaus Jürgen Reese abschließend: „Im Sinne des Beschlusses vom 17.12.2018



haben wir erfolgreich angeregt, dass den Bezirksvertretungen die Neuauflage des RAMS für ihre kommunalpolitische Arbeit ebenfalls zugänglich gemacht wird.“

Verschlechtert: Belastungsgrenze für Elternbeiträge im Offenen Ganztag (OGS) ist erreicht



Bild: Fotolia

Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen im Offenen Ganztag ist in den letzten Jahren stetig gestiegen.

„Anders als die CDU und Bündnisgrünen im Rat sehen wir die Grenze der Belastung für die Elternbeiträge im Offenen Ganztag als überschritten an. Deshalb haben wir der Erhöhung der Beiträge auch nicht zugestimmt.

Eltern sollten nicht für Ausbau zahlen müssen

Den Ausbau mit Hilfe der

Gebühren voranzutreiben halten wir für ausgesprochen familienunfreundlich. Unsere entsprechenden Finanzierungsvorschläge zur Deckung des OGS-Ausbaus ohne Gebührenerhöhung wurden vom sogenannten Kernbündnis (Kebü) abgelehnt. Wenn dann CDU und Grüne noch versuchen, diese Entscheidung als Großtat für die Eltern darzustellen, ist

das nicht nachvollziehbar“, erklärt Servet Köksal, stellv. Fraktionsvorsitzender und Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss für Schule und Bildung.

Keine Zweifel am Bedarf

„Dass der Ausbau im Offenen Ganztag weiter vorangetrieben werden muss, daran besteht überhaupt kein Zweifel. Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen übersteigt nach wie vor deutlich das Angebot. Deshalb werden wir auch in den kommenden Haushaltsberatungen darauf drängen, dass der weitere Ausbau mit den notwendigen Finanzen hinterlegt wird. Während der Kooperationsphase von SPD und CDU wurden die OGS-Gruppen allein in den letzten neun Jahren um mehr als 1.300 Plätze erweitert – und

dies ohne eine Erhöhung der Elterngeldbeiträge. Wir halten es nach wie vor für falsch, die Eltern finanziell am Ausbau städtischer Einrichtungen zu beteiligen. Das ist aus unserer Sicht ein Systembruch, der auf keinen Fall Schule machen darf“, so die stellv. Fraktionsvorsitzende Renate Warnecke abschließend.

Zum Hintergrund:

Mit dem Ausbau des Offenen Ganztags an den Grundschulen ‚Birkenhöhe‘ und ‚Am Nützenberg‘ stehen nun insgesamt 4.808 Plätze im Ganztagsangebot der Wuppertaler Grundschulen zur Verfügung. Der Bedarf wird von der Verwaltung mit rund 5.500 Plätzen angegeben.

Fortsetzung von S. 1

mit dem Eigentümer der Bundesbahndirektion, der Verwaltung und möglicherweise auch noch der Politik

geben. Hier müssen jetzt endlich Lösungen auf den Tisch, Lösungen, wie sie auch der Aufsichtsrat der WSW

GmbH gefordert hat. Mehr als bedauerlich ist, dass CDU, Grüne und FDP sich einer Sachargumentation entzo-

gen und an ihren sinnentleerten Beschlüssen festgehalten haben“, so Klaus Jürgen Reese abschließend.

SPD-Ratsfraktion für familienfreundlichen Zooeintritt



Für Kinder demnächst kostenfrei: Der Zooeintritt.

„Ein neues, familien- und kinderfreundliches Entgeltmodell für den Grünen Zoo Wuppertal begrüßen wir ausdrücklich“, betont Bürgermeisterin Ursula Schulz, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion. „Das haben wir mit einem Antrag, gemeinsam mit den Fraktio-

nen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, deutlich gemacht, der in der Juli-Ratssitzung beschlossen wurde. Dem beantragten und beschlossenen Modell nach erhalten Kinder bis 14 Jahre demnächst freien Eintritt in den Zoo. Lediglich der Beitrag von 1,70 Euro pro

Kind ab sechs Jahren für das VRR-Ticket, der sonst im Eintrittspreis enthalten ist und an die Wuppertaler Stadtwerke abgeführt wird, muss noch entrichtet werden.“

Familien mit Kindern profitieren

Heiner Fragemann, Mitglied im Kulturausschuss, ergänzt: „Die Verwaltung hatte einen Vorschlag zur linearen Erhöhung der Zooentgelte eingebracht, der unseren und den Vorstellungen des gesamten Fachausschusses, eine Eintrittsbefreiung für Kinder nach dem Vorbild des Magdeburger Zoos zu prüfen, keine Rechnung trug. Dem nun von uns und den genannten weiteren Fraktionen beschlossenen Modell

nach steigen zwar die Eintrittspreise für Erwachsene, jedoch kommen Familien mit Kindern - und diese stellen die Hauptklientel des Zoos dar - je nach Konstellation z.T. deutlich günstiger weg.“

Alleinstellungsmerkmal

„Die Eintrittsbefreiung für Kinder bedeutet, neben dem positiven Effekt der gesteigerten Kinder- und Familienfreundlichkeit, auch ein Alleinstellungsmerkmal für den Wuppertaler Zoo in NRW und eine deutlich vereinfachte Entgeltstruktur. Wir halten dieses Modell daher für zukunftsweisend und überzeugend und freuen uns somit über den positiven Beschluss“, erklärt Ursula Schulz abschließend.

Straßenausbaubeiträge: CDU feiert den Spatz in der Hand

„Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach.“ Diese Volksweisheit kam mir unmittelbar in den Sinn, als ich die Lobhudelei der Landes-CDU und die Ergänzungen von Jörg Herhausen, CDU-Fraktionsvorsitzender und verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion, zum Förderprogramm Straßenbaubeiträge vernehmen musste, so Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

SPD für Abschaffung der Beiträge

Volker Dittgen, Verkehrsausschussvorsitzender, ergänzt: „Der einfachere Weg wäre gewesen, wenn die CDU der sozialdemokratischen Initiative auf Landesebene gefolgt wäre und die Straßenbaubeiträge ganz abgeschafft hätte.“

Wirkung verpufft

„Die zunächst gewaltig klingende Summe von 65 Mio. Euro des Förderprogramms sind in der Realität – wenn

überhaupt – der Tropfen auf dem heißen Stein“, so Volker Dittgen weiter. „Gemäß der üblichen Verteilschlüssel werden von dieser Summe ca. 1,5 Mio. Euro nach Wuppertal fließen. Im Grundsatz ist diese immer noch eine gewaltige Summe, die im Straßenbau leider nur der besagte Tropfen sein wird. Was dann davon tat-

sächlich bei den Zahlerinnen und Zahlern der Straßenbaubeiträge ankommen wird, muss sich in der Zukunft zeigen. Viel wird es leider nicht sein.“



Bild: Fotolia
Straßenausbau kann für Anwohner teuer werden.

Förderzusage für Station Natur und Umwelt

„Wir freuen uns sehr, dass der Regionalrat Düsseldorf die beantragten Fördermittel in Höhe von 2,25 Millionen Euro für die Wuppertaler Station Natur und Umwelt beschlossen hat. Das Außengelände der Station Natur und Umwelt (StNU) soll erneuert und damit barrierefrei zugänglich werden. Die Beantragung der Fördermittel in Höhe von 2,25 Millionen Euro beim Städtebauförderprogramm ‚Investitionspakt Soziale Integration im Quartier NRW 2019‘ hatte der Rat der Stadt Wuppertal bereits in seiner Februarsitzung beschlossen“, erläutert Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

„90 Prozent der Kosten (Gesamtkosten 2,5 Millionen Euro) werden damit von Bund und Land übernommen, lediglich 250.000 Euro an Eigenmitteln müssen noch von der Stadt aufgebracht werden“, erklärt Frank Lindgren weiter.

2,25 Mio. zugunsten der Inklusion

„Zur StNU gehört, neben dem Gebäude, ein öffentlich zugängliches, sieben Hektar großes Außengelände mit vielfältigsten Lehrbiotopen. Die Fördermittel aus dem Investitionspakt werden nun unter anderem verwendet, um dieses Außengelände barrierefrei zugänglich zu machen und damit die

Bedeutung und Wirkung im Hinblick auf die soziale Integration und die Inklusion auf dem Gelände zu ver-

stärken,“ ergänzt Thomas Kring, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

Stärkung der Umweltbildung

„Die Wuppertaler Station Natur und Umwelt ist heute die größte kommunale Einrichtung für Umweltbildung und Umwelterziehung in NRW mit jährlich über



Foto: Stadt Wuppertal

Die Station Natur und Umwelt erhält Fördermittel in Höhe von 2,25 Mio. Euro.

35.000 Besuchern und ist ein wichtiger Baustein in der grünen Infrastruktur Wuppertals. Dass wir diesen wichtigen und kostbaren Fördermittelzuschlag erhalten haben, unterstreicht die Bedeutung dieser Einrichtung“, führt Frank Lindgren abschließend aus.

Gemeinsamer Jahresempfang der SPD Wuppertal und der SPD-Ratsfraktion im Barmer Bahnhof



Als Ehrengäste waren Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und komm. Vorsitzende der SPD, Thomas Kutschaty, MdL und Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im NRW Landtag sowie Oberbürgermeister Andreas Mücke geladen.

Fotos: Andreas Fischer



Unterstützung für Initiative kostenfreier ÖPNV für Kinder

„Ich unterstütze ausdrücklich die Initiative der SPD-Landtagsfraktion, welche die Nutzung des ÖPNV in Nordrhein-Westfalen für Kinder bis vierzehn Jahren kostenfrei machen möchte. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Landtagsfraktion eingebracht. Begrüßen würde ich, wenn die Initiative, wie angekündigt, bald auf alle Jugendlichen ausgeweitet werden könnte“, erklärt Volker Dittgen, Vorsitzender des Wuppertaler Verkehrsausschusses und stellvertretender Vorsitzender der Verbandsversammlung des VRR (Verkehrsverbund Rhein-Ruhr). Nach Schätzungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion würden die Kosten für die Umsetzung des ticketfreien ÖPNV für Kinder rund 200 Mio. Euro betragen.



In Wien wurde ein Jugendticket bereits eingeführt.

Auf der Habenseite stehen diesen Kosten mehr soziale Gerechtigkeit, gerade bei der Vergabe von Schokotickets für Schülerinnen und Schüler, ein erheblicher Bürokratieabbau für die Kommune bei den Bewilligungsverfahren für die Schokotickets und große Anreize für ein nachhaltiges und klimaschonendes Verkehrsverhalten der jüngsten ÖPNV-Nutzerinnen

und -Nutzer gegenüber. Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, ergänzt: „Auch bei der Diskussion um die sogenannten Elterntaxis würde ein solches Gratisticket für die potentiellen Fahrgäste bis vierzehn Jahren einen erheblichen Beitrag für ein nachhaltigeres Verkehrsverhalten bringen.“ Volker Dittgen abschließend:

„Ein kostenfreies ‚Jugendticket‘ würde neue Wege beschreiten, um die Finanzierung des ÖPNV in Wuppertal und dem größten Bundesland langfristig zu sichern. Ein Gratisticket für alle ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer würde geschätzt 1,4 Mrd. Euro kosten. Diese Summe und die daraus resultierenden logistischen Herausforderungen können das Land, die Stadtwerke und Verkehrsbetriebe, im Gegensatz zu einem kostenfreien ‚Jugendticket‘, nicht allein tragen. Dafür muss dieses Thema auch auf der Bundesebene ausreichend Gehör finden, um eines der nachhaltigsten Verkehrsangebote, den ÖPNV, langfristig neu aufzustellen.“

GWG auf richtigem Kurs - Bezahlbarer Wohnraum ist Daseinsvorsorge



„Unser Einsatz für den Erhalt und die Konsolidierung der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft zahlt sich aus. Aus eigener Kraft konnte das Unternehmen jetzt die Eigenkapitalquote nochmals auf rund 25 Prozent steigern. Für die kommenden gut zehn Jahre sind Investitionen in Höhe von 130 Mio. Euro geplant“, erklärt Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Finanzausschusses, im

Daseinsvorsorge vor 100 Jahren: Das erste Wohn-Hochhaus in Wuppertal aus den 1920er Jahren.

Vorfeld der letzten Sitzung des Ausschusses.

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass diese Investitionen u. a. in den Wohnungsbestand, gewerblich genutzte Flächen und das Heidter Carré mit einer Kita, erfolgen sollen. Die massive Stärkung der Eigenkapitalquote ist auch maßgeblich dafür verantwortlich, dass die GWG die Zinsbelastungen um rund 53 Prozent senken konnte.

„Die Konsolidierung der GWG ist neben der finanziellen Unterstützung durch die Stadt Wuppertal möglich geworden, da auch die Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter einen erheblichen Anteil an diesen Veränderungen getragen haben. Rund ein Drittel der GWG-Wohnungen sind öffentlich gefördert und sollen es auch in Zukunft bleiben. Insgesamt bietet das Unternehmen rund 3.000 preisgedämpfte Wohnungen an und sorgt so maßgeblich für bezahlbares Wohnen in Wuppertal. Angesichts der vorgenannten Faktoren und der bundesweiten Diskussion um bezahlbaren Wohnraum sehen wir uns in unserer Position zum Erhalt der GWG klar bestätigt“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende abschließend.

Kommunalfinanzen: Füße im Kühlschrank – Hände auf dem Herd



Die Stadt Wuppertal ist pro Kopf mit knapp 3.700 Euro verschuldet.

wird, hat an Aktualität nicht verloren.

Ungleiche Verteilung

Wenn sie die Füße im Kühlschrank und gleichzeitig die Hände auf der Herdplatte ha-

Mit Interesse blicken alljährlich die Finanzpolitikerinnen und -politiker auf den kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung. Anlässlich der Veröffentlichung des Finanzreportes 2019 erklärt Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Wuppertaler Finanzausschusses: „Unsere Forderung nach einer Verstetigung der kommunalen Finanzeinnahmen, die auch von der SPD-Bundestagsfraktion geteilt

ben, sollte die Körperkern-temperatur auch weiter bei 37 Grad liegen. Mit diesem Bild ist die Finanzsituation der Städte und Gemeinden in Deutschland umschrieben. Die Stadt Pirmasens in Rheinland-Pfalz muss eine rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung von 8.405 Euro ausweisen. Die Stadt München hingegen kann einen Überschuss von 380 Mio. Euro in ihrem Haushalt darstellen. In Wuppertal verzeichnet der Finanzbericht

3.691 Euro an Kassenkredit pro Kopf.“

Der kommunale Finanzbericht untermauert wieder die unmittelbaren Zusammenhänge dieser finanziellen Schieflage, die im direkten Zusammenhang mit der Prosperität der Städte und Gemeinden, der Kaufkraft der Einwohnerinnen und Einwohner und den Kenn- daten sozialer Transferleistungen stehen. „Wir wissen, dass diese Zusammenhänge, deren Folgen und die sozialdemokratischen Forderungen zur Lösung dieser Ungleichheiten, durch unsere Bundestagsabgeordneten Helge Lindh und Bernhard Daldrup, sozialdemokratischer Sprecher im Arbeitskreis Kommunalpolitik, mit Nachdruck in der bundespolitischen Debatte vertreten werden. Deshalb unterstützen wir, gemeinsam mit

unserem Oberbürgermeister Andreas Mucke, die Forderungen nach einer Verstetigung der kommunalen Finanzen und einem Altschuldenfond. Eine weitere Schieflage, z. B. durch eine unausgewogene Reform der Gewerbesteuer oder Beliebigkeiten bei der Neuordnung der Grundsteuer, würde die Schere zwischen reichen und finanzschwachen Kommunen nur vergrößern.

SPD-Forderungen fußen auf Grundgesetz

Auf die Einhaltung des in Artikel 20 festgeschriebenen Grundsatzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind Bund, Länder und Kommunen verpflichtet. Nicht mehr, aber auch nicht weniger, ist und bleibt unsere Forderung“, so der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende abschließend.

Verbessert: Ab 1. August vereinfachte Antragstellung fürs Schulmittagessen

„Ab dem 1. August muss das kostenfreie Schulmittagessen nicht mehr extra beantragt werden. Auch die Eigenanteile für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Schule und KiTa sowie für die Schülerbeförderung entfallen. Das sind wirklich gute Nachrichten für die betroffenen Kinder. Zukünftig gelten alle Leistungen aus dem BuT automatisch als mitbeantragt, sobald man den allgemeinen Antrag auf Lebensunterhaltsleistungen („Arbeitslosengeld II-Antrag“) gestellt hat“, erläutert die Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung und

stellv. Fraktionsvorsitzende, Renate Warnecke.

„Mit der vereinfachten Regelung bei der Antragstellung für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) gehören gesonderte Anträge für Schulausflüge und Klassenfahrten zukünftig genauso der Vergangenheit an, wie eine Beantragung zum Zuschuss fürs Schulmittagessen. Einfachere Formulare, eine vereinfachte Antragstellung und vor allem ein Ende der Stigmatisierung, das sind gute Nachrichten für rund 4.700 Schülerinnen und Schüler mit ihren Familien und stellt eine deutliche

Verbesserung dar“, erklärt Servet Köksal, stellv. Fraktionsvorsitzender und Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Schule und Bildung.

„Das kostenlose Schulmittagessen für bedürftige Kinder lag meiner Fraktion und insbesondere mir als Vorsitzende des Fördervereins Schulmittagessen e.V. immer besonders am Herzen. Ich freue mich deshalb umso mehr, dass der Bund

nun diese Aufgabe übernimmt, denn dort gehört sie auch hin. Schließlich ist dieser auch verantwortlich für die Sozialgesetzgebung“, unterstreicht Renate Warnecke abschließend.



Bild: Adobe Stock

Das von der Bundesregierung eingeführte ‚Starke-Familien-Gesetz‘ bringt Verbesserungen beim Schulmittagessen und dem Schulstarterpaket mit sich.

Sanierung Freibad Mählersbeck in Planung

„Dass die Sanierung des Freibades Mählersbeck unstrittig ist, haben an verschiedener Stelle alle demokratischen Fraktionen im Rat festgehalten. Wir begrüßen, dass das Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal (GMW) die Planungen zur Sanierung voranbringt“, erklärt Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender, nach einem Vor-Ort-Termin im Freibad.

Im städtischen Haushalt sind



Vor-Ort-Termin der SPD-Ratsfraktion im Freibad Mählersbeck.

5 Mio. Euro für die Sanierung bereitgestellt. Ergänzt wird diese Summe durch 4 Mio. Euro, die unser Bundestagsabgeordneter Helge Lindh erfolgreich einwerben konnte. Die Bundesmittel müssen bis Ende 2022 verbaut worden sein. Entsprechend muss das GMW die Planungen jetzt so konkretisieren, dass diese Zeitvorgabe eingehalten werden kann.

Hermann Josef Richter, Vorsitzender des Nächstebrecker Bürgervereins, nutzte den Vor-Ort-Termin, um die Position des Nächstebrecker Bürgervereins zur Sanierung des Freibades noch einmal zu unterstreichen:

„Die ‚Mäh‘ ist ein Stück Heimat für uns hier im Osten Wuppertals. Sie ist das letzte verbliebene städtische Freibad. Der Sanierung des Bades haben alle maßgeblichen Kräfte im Rat zugestimmt. Wir erwarten, dass hier jetzt auch Taten folgen. Weiter müssen wir schweren Herzens akzeptieren, dass das GMW eine unserer Hauptforderungen, die Arbeiten in den Jahreszeiten durchzuführen, in denen das Bad geschlossen ist, nicht wird umsetzen können. Gerne bringen wir uns in die Konkretisierungen der Planungen auch weiter ein. Allein durch die Fördervorgaben des Bundes ist der Sanierungsbeginn in 2021 nicht mehr disponibel.“

Jannis Stergiopoulos, Mitglied im Sportausschuss und

Sprecher der SPD-Fraktion im Betriebsausschuss Gebäudemanagement, ergänzt abschließend: „Das Bad soll mit den vorhandenen Mitteln von A bis Z saniert werden. Für die Anwohnerinnen und Anwohner im Quartier wird auch von Bedeutung sein, dass hier jetzt Lärmschutzanlagen errichtet werden. An einer Diskussion pro und contra Sanierung Mählersbeck und Historisches Zentrum beteiligen wir uns nicht. So unterschiedlich wie diese beiden städtischen Einrichtungen von ihrem jeweiligen Nutzungscharakter auch sind, so hoch bewerten wir auch die jeweilige Bedeutung für Wuppertal. Wir erwarten, dass die Modernisierung der ‚Mäh‘ und des Historischen Zentrums erfolgt.“

Kommentar des Fraktionsvorsitzenden, Klaus Jürgen Reese

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

viele Wuppertalerinnen und Wuppertaler machen sich in diesen Tagen der Sommerferien auf den Weg und suchen Erholung außerhalb unserer Stadt. Die Ziele sind so unterschiedlich wie es die Menschen hier vor Ort sind. Wenn sich die bergischen Touristinnen und Touristen an die bundesweite Statistik halten - und warum sollten sie dieses nicht tun - wird die Stadtbevölkerung in der Ferienzeit um bis zu 50 Prozent sinken.

Dieses heißt für die, die nicht in Urlaub fahren wollen oder auch nicht können, dass es leerer wird in unserem

Wuppertal. Aber menschenleer und ereignislos wird Wuppertal selbstverständlich auch nicht in den Ferien sein. Auch hier in unserer Stadt kann man die Sommerferien erlebnisreich, auch mit Blick auf den Geldbeutel, verbringen. Der Stadtbetrieb Jugend und Freizeit, das Sport- und Bäderamt, der Zoo und viele der Wohlfahrtsverbände, um einige Beispiele zu nennen, bieten unterschiedlichste und attraktive Ferienprogramme für junge und auch ältere Menschen an.

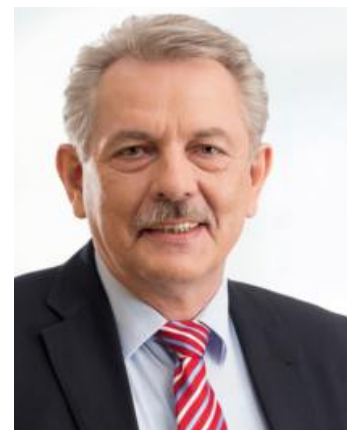
Die SPD-Ratsfraktion wird die Zeit der Sommerferien, in der keine Sitzungen im Rathaus stattfinden werden, nutzen, um sich vor Ort über

die unterschiedlichsten Projekte, Initiativen und Einrichtungen zu informieren. Dieses machen wir selbstverständlich auch außerhalb der Sommerferien. Aber auch wir ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker nutzen diese Zeit zur Erholung und dann auch für die Informationsbesuche vor Ort.

Sollten Sie Ihre Einrichtungen, Initiativen und Projekte unserer Fraktion vorstellen und die etwas ruhigere Zeit der Ferien dazu nutzen wollen, um mit uns in einen noch eingehenderen Meinungsaustausch einzusteigen, als dieses sonst möglich ist, nehmen sie doch einfach mit uns Kontakt auf! Wir

freuen uns auf Sie.

Auf jeden Fall wünschen die Stadtverordneten der SPD-Fraktion allen Wuppertalerinnen und Wuppertalern erholsame und gute Sommerferien 2019!



Herzlichst,
Ihr Klaus Jürgen Reese